

# Um(fair)teilen – nicht nur wegen der Finanzkrise!

## Schaffung gleicherer Einkommens- und Vermögensverhältnisse als Schlüsselfaktor einer umfassenden Gesundheits- und Sozialprävention

*Attac-AG Soziale Sicherungssysteme, 2013*

Die gegenwärtige Diskussion über die ungleiche Vermögensverteilung als Ursache der Finanzkrise führt konsequent und berechtigt zu der Forderung, Vermögende stärker an der Finanzierung der Kosten zu beteiligen. Über diesen wichtigen Diskurs sollte aber der Blick für die grundsätzliche Bedeutung der Einkommensverteilung für ein funktionierendes und lebenswertes Gemeinwesen nicht verloren gehen. Es gilt, die sozialen und gesundheitlichen Folgekosten zu großer Vermögensungleichheit herauszustellen und die gesamtgesellschaftlichen Vorteile einer gleichmäßigeren Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zu betonen.

Es ist den britisch-amerikanischen Sozialepidemiologen<sup>1</sup> Richard Wilkinson und Kate Pickett zu verdanken, dass sie die beeindruckenden empirischen Befunde für den negativen Zusammenhang zwischen großen Unterschieden in der Einkommensverteilung und gesundheitlichen und sozialen Faktoren belegten. In ungleicheren Gesellschaften sind z. B. eine geringere Lebenserwartung, ein höheres Risiko für seelische Erkrankungen, höhere Kindersterblichkeit, eine größere Verbreitung von Alkohol- und Drogenabhängigkeit, eine höhere Mordrate, eine größere Anzahl von Inhaftierungen sowie auch ein größeres Ausmaß an Lese- und Rechtschreibschwäche die Folgen.

Nach einer Einführung über unterschiedliche Dimensionen und Facetten von Ungleichheit werden deswegen einige wesentliche Ergebnisse der Untersuchungen von Wilkinson und Pickett dargestellt und Bezüge zwischen diesen Erkenntnissen und aktuellen Tendenzen der Entstehung von Rechtsradikalismus hergestellt.

Im abschließenden Absatz wird versucht, Konsequenzen aus diesen Erkenntnissen zu ziehen, indem wirtschaftspolitische Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt und Vorschläge für eine Verstärkung von Aufklärung und politischer Bildung gemacht werden.

### 1. Unterschiedliche Dimensionen von sozialer Ungleichheit

„Alle sind gleich – alle sind verschieden“ oder „Jeder ist anders – doch alle sind gleich“ – mit diesen oder ähnlichen Überschriften werden z.B. Schulklassen beschrieben, in denen Kinder mit und ohne Behinderungen, unterschiedlicher Nationalität oder religiöser Zugehörigkeit leben und lernen. Aufgabe der LehrerInnen ist es, den Unterschieden durch einen individualisierten Unterricht gerecht zu werden und ihnen dadurch gleiche Chancen zu gewähren. Vielfalt durch Ungleichheit wird heute nicht mehr nur als Nachteil gesehen, sondern kann auch als Bereicherung betrachtet werden. Hintergrund ist insbesondere der nach dem 2. Weltkrieg in allen reichen westlichen Industriestaaten einsetzende Individualisierungsprozess (Beck 1986, 116 ff.), der die traditionelle Eingebundenheit in Religionsgemeinschaften, Klassen, Stände und Schichten weitgehend aufgelöst und damit individuelle Lebensentwürfe ermöglicht hat. Ebenso wie Menschen mit Behinderungen profitieren auch ethnische oder sexuelle Minderheiten von diesen neugewonnenen Freiheiten.

Wird aus dieser horizontalen sozialen Ungleichheit jedoch eine vertikale, die Unterschiede in Begabung oder ethnischer Zugehörigkeit mit größerem oder geringerem Einkommen, mit größeren oder geringeren Bildungschancen oder gesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten ausstattet, entstehen individuelle und soziale Probleme, die letztlich zu einer Spaltung der Gesellschaft führen.

Parallelen zu horizontalen und vertikalen Formen sozialer Ungleichheit finden sich in unterschiedlichen Varianten des Liberalismus als Geld-, Staats- und Wirtschaftsanschauung. Der egalitäre Liberalismus (u. a. Rawls und Dworkin, zit. n. Wikipedia 2012) fühlt sich der Leitlinie der Gleichheit verpflichtet. Zu große Ungleichheit schränke die Freiheit derjenigen ein, die weniger haben. Er kann als Basis eines diskriminierungsfreien Auslebens selbstbestimmter Lebensentwürfe dienen.

Dem steht der libertäre Liberalismus gegenüber, dessen Menschenbild durch den homo oeconomicus bestimmt wird. Er verlangt nicht nur politische, sondern auch ökonomische Freiheit. Ungleichheit wird in den persönlichen Merkmalen wie zum Beispiel Fähigkeiten als ebenso notwendig erachtet wie in der Verteilung von Einkommen und Vermögen. Nur durch Ungleichheit werden nach dieser Variante des Liberalismus Anreize für eine Leistungssteigerung und Verbesserung geschaffen: „Die neue Ungleichheit belohnt Bildung und bestraft Unbildung.“ (Hank 2000, 61).



<sup>1</sup> Als Sozialepidemiologie wird die Erforschung sozialer Ursachen, Folgen und Verbreitung gesundheitlicher Zustände in Gesellschaften bezeichnet.

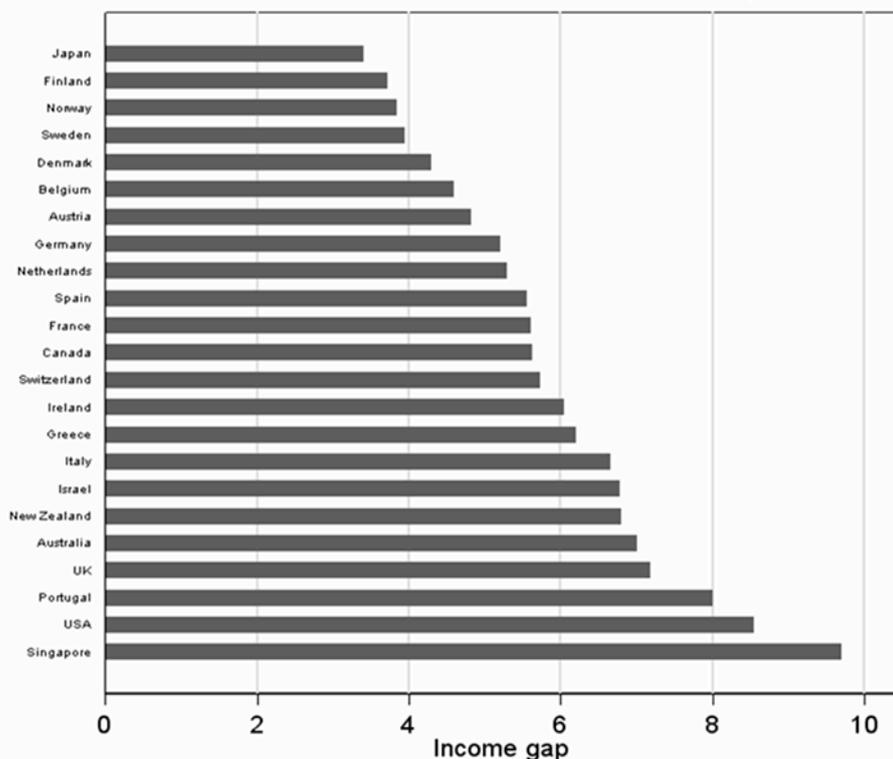
Dem Markt kommt in dieser Konzeption eine zentrale Bedeutung zu. Er wird als ein „Wissens- und Entwicklungsprozess“ beschrieben, der große Ähnlichkeit mit einem Spiel hat, das teils Geschicklichkeits-, teils Glücksspiel ist (Schui und Blankenburg 2002,79). Wettbewerb und Selektion auf dem Markt gelten nicht nur für Waren und Dienstleistungen, sondern auch für Menschen, die ihre Arbeitskraft anbieten oder zum Beispiel in Bildungseinrichtungen auf diesen Wettbewerb vorbereitet werden. Wer ein hohes Maß an Kompetenz oder Dominanz entwickelt, gewinnt im Geschicklichkeitsspiel. Im Zuge einer kulturellen Evolution findet durch diese Mechanismen eine Höherentwicklung der Menschheit statt. Wer sich im Wettbewerb auf dem Markt durch die Entwicklung erfolgreicher, überlegener Verhaltensweisen und Fähigkeiten Vorteile verschafft, gewinnt, wer dies nicht tut, verliert. Überlegenheit kann nur durch permanente Weiterentwicklung beibehalten werden.

Zu welchen Konsequenzen das libertäre Dogma der Notwendigkeit von Ungleichheit – seit den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts Leitlinie für die Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft – geführt hat, soll im folgenden Absatz dargestellt werden.

## 2. (Einkommens-)Ungleichheit und ihre sozialen Folgen

Richard Wilkinson und Kate Pickett (2009) haben in zahlreichen Untersuchungen nachgewiesen, dass einkommensungleichere Gesellschaften größere soziale Probleme aufweisen als gleichere. Die folgende Grafik zeigt, welche Länder geringere und höhere Ungleichheit aufweisen<sup>2</sup>.

### How much richer are the richest 20% than the poorest 20%?



Source: United Nations Development Program

Source: Wilkinson & Pickett, *The Spirit Level* (2009)

[www.equalitytrust.org.uk](http://www.equalitytrust.org.uk) 

Deutschland liegt hier noch im Mittelfeld. Die Ungleichverteilung der Einkommen in Deutschland hat aber nach Aussage der OECD – gemessen mit dem sog. Gini-Koeffizienten als Maß dieser Ungleichheit – seit Mitte der 1980er Jahre in Deutschland so stark zugenommen wie in kaum einem anderen entwickelten Land ( Bertelsmannstiftung 2011). Hauptursache ist das Sinken der Lohnquote. Wenn diese Entwicklung anhält, nähern wir uns den durch die neoliberale Umstrukturierung von Wirtschaft und Gesellschaft besonders betroffenen angelsächsischen Ländern.



<sup>2</sup> Wilkinson und Pickett haben zur Förderung von mehr Gleichheit den „Equality Trust“ gegründet, auf dessen Homepage die folgenden Grafiken zum Download zur Verfügung stehen.

## Kosten der Ungleichheit – ausgewählte Beispiele

Wilkinson & Pickett (2010, 33ff.) haben die Folgen der Ungleichheit an zahlreichen Dimensionen untersucht:

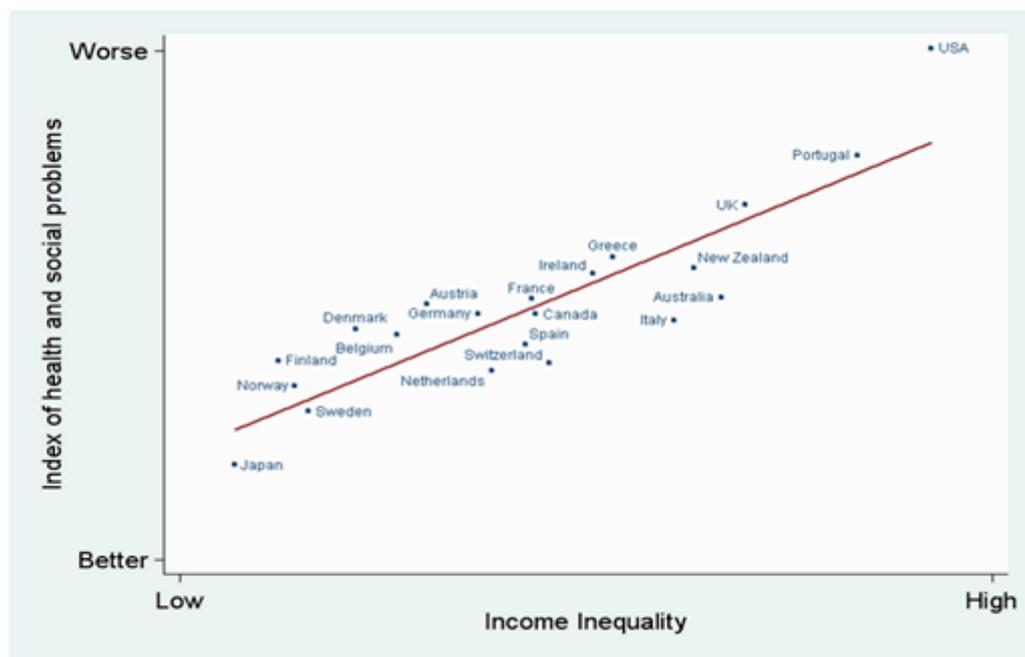
- Niveau des Vertrauens
- Psychische Erkrankungen sowie Alkohol- und Drogensucht
- Lebenserwartung und Säuglingssterblichkeit
- Adipositas (krankhaftes Übergewicht)
- Schulische Leistungen der Kinder
- Teenager-Schwangerschaften
- Selbstmorde
- Zahl der Gefängnisstrafen
- Soziale Mobilität

Den Zusammenhang zeigt die Darstellung der folgenden Grafik, die sich auf einen Index der genannten Variablen bezieht:

### Health and Social Problems are Worse in More Unequal Countries

#### Index of:

- Life expectancy
- Math & Literacy
- Infant mortality
- Homicides
- Imprisonment
- Teenage births
- Trust
- Obesity
- Mental illness – incl. drug & alcohol addiction
- Social mobility



Source: Wilkinson & Pickett, *The Spirit Level* (2009)

[www.equalitytrust.org.uk](http://www.equalitytrust.org.uk) Equality Trust

Bezogen auf jeden einzelnen gesundheits- und sozialrelevanten Parameter zeigt sich nahezu das gleiche Bild: In fast allen Dimensionen schneiden ungleichere Gesellschaften schlechter ab (geringeres Vertrauensniveau, mehr psychische Erkrankungen, geringere Lebenserwartung...). Eine Ausnahme stellen nur die Selbstmorde dar, weil sie als eine nach innen, auf die eigene Person gerichtete Aggression im Unterschied zur nach außen gerichteten Aggression (Mord, Körperverletzung) auch in egalitären Gesellschaften häufiger vorkommen.

Die Erklärung für diese Unterschiede kann in dem größeren sozialen Druck, der in ungleicheren Gesellschaften herrscht, gesehen werden. Einkommensungleichere Gesellschaften zeichnen sich durch größere Statusunterschiede aus (mehr Dominanz, Unterwerfung, Konkurrenz und Verlust an sozialen Kontakten). Der höhere Statusdruck, der Stress, mithalten zu müssen, sowie die Angst vor sozialer Ausgrenzung, die dadurch entsteht, können sich dann in den beschriebenen Symptomen äußern, die sich negativ auf Psyche und Gesundheit sowie soziale Faktoren auswirken.



Eine weitere Grafik zu den Untersuchungen von Wilkinson und Pickett könnte einen wichtigen Aspekt dazu veranschaulichen:

## Soziale Mobilität und Chancen(un-)gleichheit



Source: Wilkinson & Pickett, *The Spirit Level* (2009)

[www.equalitytrust.org.uk](http://www.equalitytrust.org.uk) Equality Trust

In gleicheren Gesellschaften wie den skandinavischen Ländern sind die Aufstiegschancen von Menschen aus unteren sozialen Schichten wesentlich höher als in den angelsächsischen Ländern. Je größer die Statusunterschiede, desto heftiger wird der Kampf um den Erhalt einer einmal erreichten Position und damit die Abschottung nach unten.

Mit größerer Ungleichheit wachsen deswegen auch die Vorurteile gegenüber sozial Schwächeren, die auf diese Weise in eine ausweglose Situation gedrängt werden.

Hierfür können die Jugendunruhen 2011 in London als Beleg herangezogen werden: Der Kolumnist des rechten Daily Mail, Richard Littlejohn, gibt nur die Mehrheitsmeinung der britischen Mittel- und Oberschicht wieder, wenn er die Aufständischen als „Wolfsrudel von verwilderten Innenstadtstreunern“ bezeichnet, die wie Robben gekeult werden sollten (Jones 2011, 4)

### Rechtsradikalismus

Von der Diskriminierung sozial Schwächerer ist der Weg zu rechtsradikalen Tendenzen nicht mehr weit. Es ist deswegen kein Zufall, dass im von der Wirtschafts- und Finanzkrise besonders betroffenen Griechenland rechtsradikale Einstellungen und Aktionen Auftriebe erhalten haben. Flüchtlinge und andere MigrantInnen werden dort zu Sündenböcken für die schlechte Wirtschaftslage gemacht. Bei den letzten Wahlen hat die neonazistische Partei Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte) jeweils knapp sieben Prozent der Stimmen erhalten (Papadopoulos 2012).

Der Vorbild der SA folgend hat sie Schlägertrupps aufgestellt, die als paramilitärische Kampforganisationen Flüchtlinge und andere MigrantInnen terrorisieren (Körperverletzung, Mord, Rauchbomben in Wohnungen).

Deutschland hat zwar (noch) keine starke rechtsradikale oder neonazistische Partei, eine „Neue Rechte“ könnte jedoch aus der nationalistischen und chauvinistischen Kritikern an der EU-Rettungspolitik entstehen, die aus Abwechslern von CDU, FDP, SPD und Freien Wählern besteht. Sie schüren rassistische Vorurteile, wenn sie von „orientalischer Mentalität der Südeuropäer“ oder „faulen Griechen“ sprechen und lenken damit von den tatsächlichen Verursachern und Profiteuren der Krise ab.



### 3. Handlungsmöglichkeiten

#### 3.1 Ökonomische Handlungsmöglichkeiten

Spaltungstendenzen lassen sich dadurch am wirksamsten bekämpfen, dass der jahrzehntelange Prozess der Umverteilung von unten nach oben umkehrt wird. Deswegen ist es notwendig, Gegenstrategien zu entwickeln, die für eine gerechtere und gleichere Verteilung von Einkommen und Vermögen sorgen.

Die Möglichkeiten hierzu werden in der folgenden Übersicht zusammengefasst. Drei Wege führen zur Erreichung größerer Einkommensgleichheit:

- Umverteilung durch höhere Besteuerung hoher Einkommen
- Aufbau einer solidarischen Ökonomie (Wirtschaftsdemokratie), die große Einkommensunterschiede gar nicht erst aufkommen lässt.
- Verbesserung der sozialen Infrastruktur z.B. durch kostenlosen Zugang zu Bildung, Gesundheitsdienstleistungen oder Öffentlichem Personennahverkehr.

Zur stärkeren Belastung hoher Einkommen, die das Bündnis aus Gewerkschaften, Sozialverbänden und NGOs mit der Kampagne „Umfairteilen – Reichtum besteuern“ erreichen möchte, zählt auch die von Attac geforderte Solidarische Bürgerversicherung zur Absicherung des Krankheitsrisikos. Zentrale Forderungen sind:

- Alle Bürger – auch Wohlhabende, Reiche und Beamte – sind in die Solidargemeinschaft einzubinden; die Versicherungspflichtgrenze ist aufzuheben.
- Beiträge werden ungeschmälert auch auf hohe und höchste Einkommen erhoben; die Beitragsbemessungsgrenze wird damit abgeschafft.
- Alle Vermögenseinkommen aus Geldanlagen, Aktien- oder Immobilienbesitz werden in die Beitragspflicht einbezogen, unter Berücksichtigung großzügiger Freibeträge.
- Die Arbeitgeberseite wird zu einem ergänzenden Wertschöpfungsbeitrag für die Erhebung von Sozialversicherungsabgaben herangezogen. Damit wird diese Abgabe nicht ausschließlich auf die Löhne der Beschäftigten erhoben, sondern auch die Wertschöpfung eines Unternehmens als Bemessungsgrundlage dieser Beiträge genommen. Personalintensive Unternehmen werden dadurch entlastet, solche mit einem hohen Rationalisierungsgrad stärker in die Pflicht genommen.

Wenn eine weitere Spaltung der Gesellschaft vermieden werden soll, muss diese Kampagne durch ähnliche Vorstöße für die Bereiche Wirtschaftsdemokratie und soziale Infrastruktur ergänzt werden.

#### 3.2 Aufklärung durch Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit

Wilkinson und Pickett haben sich nicht damit begnügt, die negativen Folgen großer Einkommensungleichheit zu analysieren, sondern mit der Stiftung „Equality Trust“ auch Handlungsansätze für ein größeres Maß an Gleichheit in Großbritannien geschaffen. Sie wurde im März 2009 gegründet und hat das Ziel, Aufklärungsarbeit zu leisten. Dazu wurden folgende Aktivitäten entwickelt:

- Öffentlichkeitsarbeit, Vorträge
- Bildung lokaler Gruppen
- Selbstverpflichtungserklärungen von Abgeordneten
- Fairnesstest für Steuern und öffentliche Ausgaben
- Aktivitäten in Betrieben zur Angleichung der Löhne
- Herstellung von Materialien für Bildungsarbeit (z.B. Videos) u.a. für Schulen
- Bildung lokaler Fairnesskommissionen
- Photowettbewerb zu Gleichheit/Ungleichheit mit Veröffentlichung der Bilder, die dieses Problem besonders gut darstellen
- E-Petitionen zur Befassung des Parlaments mit diesem Thema
- Kauf solcher Produkte, die von Herstellern mit größerer Einkommensgleichheit in den Betrieben stammen
- Kooperationsvertrag mit einem Telefonanbieter, der die Stiftung finanziell unterstützt.

Die bundesweite Attac-AG Soziale Sicherungssysteme hat für ihre Öffentlichkeitsarbeit ebenfalls Vorträge und Materialien erarbeitet, die auf der Website der AG eingesehen und heruntergeladen werden können. Gemeinsam mit der AG Kommunen hat sie auf der letzten Sommerakademie in Mainz einen Workshop zu Fairnesstests für kommunale Haus-



halte durchgeführt, dessen Ergebnisse ebenfalls auf der Website eingesehen werden können. Aufklärungs- und Bildungsarbeit sollte sich jedoch nicht darauf beschränken, die negativen Folgen von Ungleichheit und politische Handlungsmöglichkeiten dagegen darzustellen. Sie muss auch die Grundannahmen des Neoliberalismus in Frage stellen, der trotz der Krise ideologische Leitlinie der Wirtschafts- und Sozialpolitik geblieben ist. Hier gilt es vor allem, den beiden oben genannten Grundannahmen:

- Ungleichheit als Voraussetzung für wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovationen und
- Wettbewerb als notwendigem Motor für Veränderungen

durch Aufklärungsarbeit entgegenzutreten.

Der ständig und in allen Lebensbereichen nur jeweils rational den eigenen Nutzen maximierende homo oeconomicus entspricht weder den Erkenntnissen der Humanwissenschaften noch wird er in den Wirtschaftswissenschaften selbst als angemessenes Modell zur Beschreibung und Erklärung menschlichen (auch wirtschaftlichen) Verhaltens angesehen.

#### **4. Literatur**

Beck, Ulrich: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt a.M., 1986

Bertelsmann-Stiftung; Soziale Gerechtigkeit in der OECD – Wo steht Deutschland?

Sustainable Governance Indicators 2011

Hank, Rainer: Das Ende der Gleichheit oder Warum der Kapitalismus mehr Wettbewerb braucht. Frankfurt a.M., 2000

Jones, Owen: Thatchers zornige Enkel. Die Ausschreitungen vom August sind Krisensymptom einer zutiefst ungerechten Gesellschaft. Le monde diplomatique, September 2011

Papadopoulos, Jiannis: Neonazis im griechischen Parlament. Le monde diplomatique, Juli 2012, S. 1, 4 u. 5)

Passadakis, Alexis: Umverteilen hin zu den Reichen. Der Fiskalpakt ist ein Meilenstein des neoliberalen Umbaus. Attac Rundbrief 03 2012, S. 3

Schui, Herbert & Blankenburg, Stephanie: Neoliberalismus: Theorie, Gegner, Praxis. Hamburg, 2012

Wilkinson, Richard & Pickett, Kate: The Spirit Level. Why More Equal Societies Always Do Better. London, 2009

Wilkinson, Richard und Kate Pickett: Gleichheit ist Glück. Warum gerechtere Gesellschaften für alle besser sind. Berlin, 2010

*Kontakt zur Attac-AG Soziale Sicherungssysteme: [www.attac.de/sozsich](http://www.attac.de/sozsich)*

